Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6199

04. 01. 90

Antrag

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Einstellung des integrierten Entwicklungsvorhabens Bondoc/Philippinen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung sämtliche Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt für das integrierte Entwicklungsvorhaben Bondoc/Philippinen zu stoppen.

Bonn, den 4. Januar 1990

Volmer
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß der Zweck des Projektes die Armutsbekämpfung sei. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit den Philippinen wurden 25 Mio. DM für das integrierte Entwicklungsvorhaben Bondoc vorgesehen. Davon waren alleine für die Straßenbaukomponente 21 Mio. DM veranschlagt. Dieser Straßenbau ist in der philippinischen Öffentlichkeit heftig umstritten, da das Gebiet Bondoc als eine Bürgerkriegszone mit wiederholten intensiven militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der „New People's Army" (NPA), dem militärischen Arm des oppositionellen Dachverbandes der „Nationalen Demokratischen Front" (NDF), gilt. Der philippinische Verteidigungsminister, General Ramos, hat in der Presse (Manila Standard vom 4. April 1989) erklärt, daß er durch die Fertigstellung der Straße militärische Erfolge erwartet, da die Armee durch die Erschließung des Gebietes die NPA, die bislang weite Teile der Region kontrolliert, wirkungsvoller bekämpfen könne. Der örtliche Kommandant der NPA hat am 19. Januar 1989 in einem Interview mit Radio 100 (Berlin) erklärt: „Von diesen Straßen werden alleine die Geschäftsleute und das Militär profitieren, nicht die Landarbeiter. Den größten Vorteil hat das Militär, weil es nur über Straßen in das Innere der Bondoc-Halbinsel eindringen und Orte erreichen kann, die den Armee-Fahrzeugen ohne Straßen unzugänglich bleiben. (...) Das Straßenbau-Projekt

dient nicht der Bevölkerung, sondern dem Counter-Insurgency-Programm der Aquino-Regierung. Deshalb bedauern wir, sagen zu müssen, daß wir jeden Versuch, dieses Projekt durchzusetzen, blockieren werden."

Offensichtlich ist der Widerstand gegen den Straßenbau im Projektgebiet so groß, daß die bundesdeutsche Seite im Oktober 1988 in Übereinstimmung mit der philippinischen Regierung entschieden hat, „zunächst mit dem ländlichen Regionalentwicklungsprogramm zu beginnen und den Ausbau der Nationalstraße auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Der Ausbau der Dorfstraßen soll durch das vorstehende Vorhaben vorbereitet und teilweise durchgeführt werden." (aus „Angebot zur Projektdurchführung" der GTZ für das „Bondoc Development Programme" vom 1. März 1989 an das BMZ).

Der Straßenbau bleibt trotz Zurückstellung von 80 Prozent der Finanzmittel des Gesamtvorhabens eigentliches Projektziel. Gerade auch der Ausbau der Dorfstraßen („barrangay roads") wurde von den Betroffenen vor Ort heftig kritisiert. Crisanto Recto, der Vorsitzende der Bauernvereinigung KARIT, die auf Bondoc über 70 000 Mitglieder zählt, hat für diese Projekt-Konzeption deutliche Worte gefunden: „Den Bauern selbst nützen die Straßen nichts. Der Transport wird mit Wasserbüffeln und Pferden durchgeführt und bedeutet eine zusätzliche Einnahmequelle für sie. Dieses Einkommen wird ihnen durch Straßen genommen. Händler und Geschäftsleute sind diejenigen, die von Straßen profitieren. Wenn sie bequemeren Zugang zu den Dörfern haben, werden sie niedrigere Preise für die Erzeugnisse bezahlen. Auch das Militär kann mit neuen Straßen leichter die kleinen Orte erreichen. Unter ihren Operationen leiden die Zivilisten. Sie treffen nicht die Guerilleros, sondern schikanieren statt dessen die Bevölkerung."

Die zunehmende Militarisierung und die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen stehen in engem Zusammenhang mit der infrastrukturellen Erschließung der Bondoc-Region durch Straßen: Am 3. September 1989 hat eine Einheit der NPA mitten im Projektgebiet einen Bautrupp des 565. Pionierbataillons, der mit dem Ausbau der Lopez-Catanauan Straße befaßt ist, angegriffen. Dabei hat es auf seiten der Militärs 13 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Das erklärte Ziel der NPA bei diesem Angriff war es offensichtlich, den Straßenbau zu stoppen, denn sie setzte dabei Lastwagen und eine neue Planierraupe in Brand. Als Antwort darauf beorderte das Militäroberkommando zwei weitere Bataillone in die Region und bombardierte das Gebiet um die Angriffsstelle und vermeintliche Guerillaverstecke.

Den bewaffneten Widerstand der NPA zu brechen, ist erklärtes Ziel der philippinischen Regierung. Mittel hierzu sind sowohl direkte militärische Operationen als auch „Befriedungsaktionen", die die Zivilbevölkerung einschüchtern und die öffentliche Kritik vor Ort zum Verstummen bringen sollen. Zu dieser Strategie gehört, möglichst viele nichtstaatliche Gruppen und Verbände für die Ziele der Regierung zu instrumentalisieren und zugleich alle Organisationen, die eine Zusammenarbeit verweigern, auszu-

grenzen oder sie als kommunistische „Frontorganisationen" zu stigmatisieren. Die Ereignisse der vergangenen Monate belegen, daß die Planungspraxis der bundesdeutschen Seite, nichtstaatliche Organisationen an der Planung und Durchführung des integrierten Entwicklungsvorhabens zu beteiligen, für diese Zwecke mißbraucht werden. Ein im Mai 1989 von der GTZ in Manila durchgeführter Planungs-Workshop belegt, daß keine Vertreterinnen der betroffenen Zielgruppen beteiligt worden sind. Im Gebiet seit langem tätige Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurden nicht oder unzureichend in die Projektplanung einbezogen. Statt dessen wurden in der Bevölkerung nicht verankerte NROs sowie Vertreter der Großgrundbesitzer und Lokalpolitiker als Partner aufgenommen. Dies veranlaßte die stärkste Bauernorganisation auf Bondoc sowie die bei der Bevölkerung verankerten NROs in Positionspapieren ihre ablehnende Haltung des Projektes in dieser Form gegenüber der GTZ zu artikulieren (Brief vom 11. Juli 1989).

Der Kongreßabgeordnete der Bondoc-Region, Marquez, droht in der Öffentlichkeit, daß er nicht bereit ist, im Rahmen des Projektes in der lokalen Bevölkerung verankerte NROs, wie z. B. CEDAR (Center for Ecumenical Development, Action and Research), zu akzeptieren und er statt dessen beabsichtigt, eigene Organisationen zu gründen, die als alleinige Nutznießer des Projektes infrage kommen würden. Herr Marquez hat angekündigt, die zu erwartenden bundesdeutschen Entwicklungshilfegelder notfalls mit Waffengewalt durch den Einsatz von (Para-)Militärs für die Interessen der lokalen Machtelite zu sichern.

Eine von der GTZ initiierte Befragung der Bauern im Projektgebiet (4. September bis 29. September 1989) wurde ebenfalls von Mitgliedern in der Bevölkerung nicht verankerter NROs durchgeführt. Die vom GTZ-Beauftragten auf den Philippinen aufgestellte Behauptung (ppp-Hintergrunddienst vom 10. Juli 1989), NROs wie CEDAR, die sich seit beinahe zehn Jahren für die Ausbildung, Gesundheit und Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln im Projektgebiet einsetzt, werden an der Befragung beteiligt werden, entspricht nicht der Wahrheit. Zum Zeitpunkt der Befragung war CEDAR nicht einmal über ihren Beginn informiert.

Am 19. September wurde das Büro von CEDAR überfallen, alle Dokumente, Computer, Bankauszüge etc. wurden beschlagnahmt, Waffen als „Beweismaterial" eingeschmuggelt und vier Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen verhaftet, die erst nach 15 Tagen wieder freigelassen wurden. Obwohl CEDAR mittlerweile von der GTZ in das Interim Committee des Projektes aufgenommen wurde, hat sich die bundesdeutsche Seite nicht öffentlich für die Freilassung der Verhafteten eingesetzt oder gegen die Repressionen ihrer Partner bei der philippinischen Regierung verwahrt.

Am 31. Oktober 1989 bekräftigen acht unabhängige philippinische Entwicklungsinstitutionen in einer zweiten Stellungnahme ihre ablehnende Haltung gegenüber dem bundesdeutschen Projekt. Kritisiert wird im einzelnen, daß

- es auch weiterhin keine erkennbaren Ansätze für eine aktive Beteiligung der Bevölkerung vor Ort gibt,
- das Projekt in keiner Weise einen Beitrag zur Lösung des Kernproblems Landreform leistet, im Gegenteil, daß das Projekt zu einer Konzentration des Nutzlandes in den Händen weniger beitragen wird,
- die traditionellen Probleme der Regierungsbürokratie, die auch das Projekt betreffen (Bestechung, Korruption, Protektion), nicht entschlossen angegangen werden,
- die bundesdeutsche Seite sich nicht mit aller Entschiedenheit bei der philippinischen Regierung gegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im Projektgebiet einsetzt und den kooperationsbereiten NROs keinen ausreichenden Schutz vor militärischen Übergriffen gewährt,
- die Projektkonzeption die sozio-ökonomischen und ökologischen Probleme der Bondoc-Halbinsel nicht in ausreichendem Maße reflektiert (z. B. Familienplanung als Strategie zur Lösung der Umweltprobleme).

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Militarisierung und der Menschenrechtsverletzungen in der Region und der Tatsache, daß bundesdeutsche Entwicklungshilfeleistungen vom Militär und den lokalen Machteliten instrumentalisiert und mißbraucht werden, hat die Bundesregierung das integrierte Entwicklungsvorhaben Bondoc mit sofortiger Wirkung einzustellen, um den bestehenden Konflikt in der Region Bondoc nicht weiter zu verschärfen und die Gefährdung von Menschenleben zu vermeiden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333